verfahrens in dieser Richtung ohne Erfolg geblieben ist. Jedenfalls ist das jetzt durchgeführte gerichtliche Verfahren am wenigsten geeignet, jene Möglichkeit als gegeben gewesen darzutun, nachdem selbst alle gerichtlichen Feststellungen für den Angeklagten nicht soviel Ueberzeugungskraft gehabt haben, um ihn zur Anerkennung seines Unrechts zu bestimmen. — Ein tiefes Mitgefühl kann man dem P. Ebeling indessen schwer versagen.

— Ueber die Fahrgeschwindigkeit deutscher Eisenbahnen veröffentlicht die „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen" eine zusammenfassende Darstellung auf Grund des Sommerfahrplanes von W. A. Schulze, aus der sich für die Schnellzugsverbindungen folgendes ergibt: Auf den deutschen Eisenbahnen werden zur Zeit im ganzen 242 Zugverbindungen mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 70 Kilometern und mehr in der Stunde unterhalten und davon entfallen 35 Zugverbindungen auf Geschwindigkeiten von 80 Kilometern und mehr in der Stunde, 75 Zugverbindungen auf Geschwindigkeiten von 75,1 bis 79,6 Kilometern und 132 Zugverbindungen mit Geschwindigkeiten von 70 bis 74,8 Kilometern in der Stunde. Eine ähnliche Berechnung der Zugverbindungen, die nach den Winterfahrplänen 1904/05 mit Durchschnittsgeschwindigkeiten von 70 Kilometern und mehr in der Stunde bestanden haben, hat nur 188 solcher Verbindungen ergeben, und zwar 30 Verbindungen mit Geschwindigkeiten von 80 Kilometern und mehr, 55 Verbindungen mit 75 bis 79,9 Kilometern und 103 Verbindungen mit 70 bis 74,9 Kilometern in der Stunde. Es ist demnach die Zahl aller dieser schnell beförderten Zugverbindungen für den Sommerdienst 1905 gegen den Winter 1904/05 von 188 auf 242, d. i. um 28,7 Prozent, gestiegen. Die Zahl aller Zugverbindungen, die jetzt Strecken von 100 Kilometern Länge und darüber ohne Anhalten unterwegs zurückzulegen haben, beträgt 150; davon sind 55 Zugverbindungen erst für den Sommerdienst 1905 neu eingerichtet, und es hat sonach eine Vermehrung dieser Verbindungen von 95 auf 150, d. i. um 57 Prozent, stattgefunden. Die längste Strecke, die von den Zügen im Winter 1904/05 ohne Anhalten unterwegs zurückgelegt wurde, ist die bayrische Strecke München-Nürnberg von 198,7 Kilometer Länge gewesen, während jetzt in die erste Stelle die Zugverbindungen Berlin Zoologischer Garten—Hannover von 253,8 Kilometer und Hannover—Charlottenburg von 251,5 Kilometer Länge eingerückt sind.

— Am 5. Juli waren 40 Jahre verflossen, seit die Neustädter Gasfabrik, die an der Friedens- und Lößnitzstraße liegt, in Betrieb genommen wurde. Die Errichtung dieser Neustädter Anlage wurde seinerzeit zur Notwendigkeit, weil die Altstädter Anlage, die im Jahre 1839 auf den Ehrlichschen Gestiftsfeldern errichtet worden war, schon Mitte der fünfziger Jahre den an sie herantretenden Anforderungen nicht im entferntesten mehr genügen konnte. Außerdem waren die Druckverhältnisse in den Rohrleitungen höchst mangelhafte. Dennoch zogen sich die Beratungen über die Neuerrichtung einer Gasfabrik sehr in die Länge. Gegen die zunächst ins Auge gefaßten zwei Anschläge am östlichen Ende der Stadt, vor dem Ziegelschlage an der Blasewitzer Straße, eine neue Fabrik zu errichten und die Altstädter Gasfabrik entsprechend zu erweitern, erhoben sich schwere Bedenken und Einsprüche, namentlich in der Tagespresse. Gegen ersteren Plan wehrten sich energisch die Priv. Bogenschützengilde und ein Fabrikant, der auf seinem Grundstücke da draußen Malerleinwand fabrizierte und deshalb mit Recht den Ruß zu fürchten hatte. Da man zu keinem Beschlusse kommen konnte, die Dringlichkeit der Angelegenheit aber inzwischen immer größer wurde, konnte man vom 15. Januar 1857 ab bis auf weiteres keine neuen Gasabnehmer mehr zulassen. Endlich beschloß man doch die Erweiterung der Altstädter Fabrik, aber die damalige Kreisdirektion versagte die Genehmigung. Schließlich wurde auf eingewendeten Rekurs nach insgesamt beinahe dreijährigen Verhandlungen die Genehmigung vom Ministerium des Innern erteilt, und 1859 begann man mit den Erweiterungsbauten. Natürlich war das nur ein vorübergehendes Auskunftsmittel. Man erwarb von der Neustädter Kirchenin spektion ein an den Neustädter Friedhof anstoßendes Feld und beschloß auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Pfotenhauer, dort eine neue Gasfabrik zu errichten. Zwar erhob eine große Anzahl der Bewohner der Neu- und Antonstadt energischen Einspruch hiergegen, da man „erst vor kurzem durch einen Schleusenbau beimgesucht worden" und ob dieses neuen Vorgehens „in Schrecken versetzt worden sei". Nach Ansicht der Unterzeichner durfte die Fabrik in Neustadt entweder gar nicht oder nur beim „Wilden Mann" errichtet werden. Der Einspruch wurde jedoch als „auf Vorurteilen und Verkennung der eigensten Interessen des Stadtteils beruhend" vom Ministerium zurückgewiesen. Man begann mit dem Bau 1863 und vollendete ihn 1865. 1890 nach 26jährigem Bestehen wurde die Fabrik völlig ausgebaut. Die erste Bauausführung war für eine tägliche Gaserzeugung von 7500 Kubikmeter, während sie jetzt 96 000 Kubikmeter täglich beträgt. Ende 1904 waren von dem Werke 12 495 öffentliche und 92 044 private Flammen zu versorgen, während bei der Inbetriebnahme 583 öffentliche und 6496 Privatflammen vorhanden waren. Erst seit 1874 arbeitet die Fabrik übrigens ohne Unterbrechung. Sie erzeugt gegenwärtig im Jahre 17 bis 18 Millionen Kubikmeter, als höchste Zahl unter allen Dresdner Anstalten.

— Bei dem großen Gartenfeste zum Besten der Prinz Johann Georg-Stiftung am nächsten Sonntag im Garten des Japanischen Palais ist auch für die Verpflegung der Festteilnehmer in ausreichender Weise Sorge getragen worden. Die gesamte Bewirtschaftung des Festplatzes steht unter der Leitung des Herrn Direktors Stübler von der Kulmbacher Sandler-Brauerei. Es werden zwei große Bierzelte und zwölf Bierausgaben errichtet. Außerdem wird ein Weinzelt und ein Konditoreibüfett (Pollender, Hauptstraße) vorhanden sein. Die gesamten Baulichkeiten auf dem Festplatze werden von Herrn Zimmermeister Seyfarth, Frühlingsstraße 1, ausgeführt. 80 junge Damen des Turnvereins für Neu- und Antonstadt werden einen Blumenreigen aufführen. Ein großes Plakat an den Gencke-Säulen weist seit einigen Tagen auf das Fest hin, das ein Glanzpunkt der diesjährigen Sommersaison zu werden verspricht. Das Plakat wurde in der hiesigen Kunstdruckerei von Wilhelm Hoffmann, A.-G., hergestellt.

— Zum 27. Male rüstet in diesem Jahre der Gemeinnützige Verein Ferienkolonien aus. Viel Segen ist in diesem langen Zeitraum gestiftet worden, mancher Sonnenstrahl in bekümmerte Herzen und Familien gedrungen. In diesem Sommer sind es 900 Kinder, für die eine Ferienpflege geschaffen werden konnte. Unter jener Zahl sind 100 Kinder der „Ländlichen Ferienpflege gegen Bezahlung" (einige Stellen sind dabei noch offen), für welche die Angehörigen die Kosten tragen, und 327 Kinder, die für Rechnung hiesiger Firmen, des Vereins Töchterhort, der Frau Kommerzienrat Arnhold und Frau Bankier Konsul Arnhold Ferienpflegung erhalten. Von den 13 Knabenkolonien zu je 25 Kindern finden 2 im Klingenberger Sommerheim (Führer Lehrer Zschoche und Maier) und zwei in Sayda (Lehrer Gerhardt und G. Kubel) ein Unterkommen, je eine aber in Döbra (Lehrer Patzig), Fürstenwalde (Lehrer Poppe), Großröhrsdorf (Lehrer Zenker), Hermsdorf (Lehrer Wetzel), Breitenau (Lehrer Weber), Liebenau (Lehrer Heß), Liebstadt (Lehrer O. Richter), Reichenau (Lehrer Bergmann) und Schönfeld (Lehrer Obenaus); vier Mädchenkolonien sind in den Klingenberger Heimen (Oberin v. Friesen, Frl. Bielaß II, Frl. Rahnfeld, Frl. Götz), zwei in Frauenstein (Lehrer Köhler und Oberlehrer Mühlfriedel), je eine in Kleinbobritzsch (Frl. Köhler), Koppelsdorf (Frl. Otto), Obercolmnitz (Frl. Wolf), Borschdorf (Frl. v. Wolffersdorff), Weißa (Frl. Knauthe), Falkenhain (Frl. Augustin), Friedebach (Frl. Pannwitz), Amtshainersdorf (Frl. Augustin), Hausdorf (Frau Müller), Hartmannsdorf (Frl. Kubel), Liebstadt (Lehrer Wohlrab), Papstdorf (Frau Tümmler) und Pfaffendorf (Frl. Lasch) untergebracht. Unter diesen 36 Abteilungen sind 11 mit Selbstverpflegung, 25 mit Gasthofsverpflegung. 28 Kolonien verbleiben 4 Wochen, die übrigen 3 Wochen auf dem Lande. Die Kosten der Selbstverpflegungskolonie Liebstadt II trägt abermals eine unter Verwaltung des Rates stehende Stiftung. Ueber 1200 Gesuche armer, schwächlicher Kinder lagen bei dem Gemeinnützigen Verein vor; an der Aussendung auf Vereinskosten konnten nur rund 480 Kinder beteiligt werden. Ueber 100 Knaben, ärztlich als „sehr bedürftig" bezeichnet, konnten nicht berücksichtigt werden, da bis jetzt die öffentlichen Sammlungen gegen die Vorjahre erheblich weniger ergaben. Sollten die Mittel noch recht reichlich eingehen, sollen dieselben an der „Nachpflege" in den Klingenberger Sommerpflegehäusern beteiligt werden. Allen ausgewählten Kindern geht in diesen Tagen die Nachricht über Berücksichtigung ihres Gesuches zu.

— Am 1. Juli sind im Vereinsgebiete des Gebirgsvereins für die Sächsische Schweiz die von diesem unterhaltenen Schüler- resp. Studenten-Herbergen für dieses Jahr eröffnet worden. Die Schandauer Schüler-Herberge, die sich im „Hotel zum goldenen Engel" befindet, bietet in diesem Sommer acht Freibetten.

— Morgen nachmittag 4 Uhr 40 Min. wird ein Sonderzug von hier nach Berlin mit Anschluß nach Hamburg, Kiel usw. abgelassen. Der Fahrkartenverkauf wird heute abend 7 Uhr geschlossen.

— Das Doppel-Konzert des Fremdenverkehrsvereins konnte gestern nachmittag wegen ungünstiger Witterung nicht abgehalten werden, es ist daher auf Sonnabend nachmittag von ½5 bis ½8 Uhr verschoben worden. Spielen werden die Kapellen des Gardereiter- und des 177. Infanterie-Regiments.

— In der „Musenhalle" in Löbtau wurde ein Sommer-Variété eröffnet, das für viele Freunde einer volkstümlichen Abendunterhaltung eine dauernde Anziehung ausüben dürfte. Die Vorstellungen finden in dem 1500 Personen fassenden Garten statt, der einen reichen Bestand prächtiger Laubbäume besitzt und daher einen angenehmen Aufenthalt bietet. Der Garten hat eine schmucke Bühne erhalten, die noch weiter ausgebaut wird. Bei schlechtem Wetter werden die Vorstellungen in dem im ersten Stockwerke gelegenen großen Saale abgehalten. Herr Direktor Kost ist bemüht gewesen, ein Künstlerensemble zu gewinnen, das mit seinen Darbietungen zu fesseln weiß. Das Programm ist ein reichhaltiges und wird durch zahlreiche Gastspiele ein täglich neues sein. Eine Mecklenburger Bauernkapelle im Nationalkostüm leitet die Vorstellung ein und umrahmt das Auftreten der Künstler und Artisten, von denen das Tanzduett Jean und Henry, Signor Spontelli als Münzenbeschwörer, Charles Wolter als Tanzkomiker und Mr. Walton in seinem tollen Musikal-Excentric-Akte in der Eröffnungs-Vorstellung sich regen Beifall errangen. Possen und Original-Burlesken gehen ebenfalls über die Bühne. Die Eintrittspreise werden ganz gering bemessen.

— Auf den Fluren des Gutspächters Klotzsche in Alt-Kaditz sind seit 5. d. M. bereits Kornpuppen aufgestellt.

— Lommatzsch, 6. Juli. Eine Stiftung von 10 000 Mark hat der Oekonomierat Max Schröber auf Staucha für seine Arbeiter errichtet, deren Zinsen alljährlich zu Weihnachten verteilt werden sollen.

— In Mittweida fand am Mittwoch das erste Sängerfest des Bäckermeister-Sängerbundes „Saxonia" statt. An dem Feste beteiligten sich Vereine aus Chemnitz, Glauchau, Zwickau, Meerane, Hainichen und Mittweida.

— In Langenhessen bei Werdau wurde der 56 Jahre alte Gutsbesitzer Graner von einem umstürzenden, mit Heu beladenen Wagen erschlagen.

— Der bei dem schweren Straßenbahnunglück in Plauen i. V. lebensgefährlich verletzte Wagenführer Keßler ist im Krankenhause zur Besinnung gekommen, vermag jedoch über die Unglücksfahrt nicht das Geringste anzugeben, da infolge der Gehirnerschütterung eine Lücke im Gedächtnis zurückgeblieben ist.

— Landgericht. Gegen den etwa 23jährigen taubstummen Schuhmacher Franz Max Rinkwitz aus Oberbobritzsch wird vor der 5. Strafkammer wegen Beleidigung und versuchter Nötigung verhandelt. Der Angeklagte hegt einen besonderen Haß gegen einen böhmischen Berufsgenossen, besonders deshalb, weil letzterer in Dresden lohnende Beschäftigung gefunden hatte. Im Herbst und Frühjahr erhielt der Böhme eine ganze Anzahl beleidigender Postkarten, welche die dringende Aufforderung enthielten, der Empfänger möge schleunigst Dresden verlassen und nach Böhmen zurückkehren, wenn ihm sein Leben lieb sei. Nach angestrengten Nachforschungen wurde festgestellt, daß R. den Inhalt der Karten einem Bekannten in die Feder diktiert und die Karten dann selbst zur Post gegeben hatte. Das Gericht verurteilt ihn zu 2 Monaten Gefängnis. — Die am Montag vertagte Verhandlung gegen den in Großenhain wohnhaften Fuhrwerksbesitzer Bernhard Robert Schatz wird zu Ende geführt. Der Angeklagte erhält, wie schon durch ein früheres Urteil desselben Gerichtshofes, 3 Monate Gefängnis und hat die Kosten des Wiederaufnahmeverfahrens zu tragen. Sch. hat bekanntlich am 20. April 1902 zwischen Großenhain und Zschieschen einen radelnden Fleischerlehrling überfahren und ziemlich erheblich verletzt. — Der Untreue angeklagt ist der wegen Eigentumsvergehens mehrfach und empfindlich vorbestrafte, 1884 bei Bautzen geborene kaufmännische Expedient Hermann Oskar Wojack. Die Inhaberin eines hiesigen Toilettengeschäfts mußte sich Anfang dieses Jahres in eine Augenklinik begeben und beauftragte für die Zwischenzeit W. mit dem Verkauf der Waren, wobei ein Rabatt bis zu 40 Prozent gewährt werden sollte. Wojack eröffnete auf eigene Hand sogleich einen Totalausverkauf zu Schleuderpreisen mit einem Rabatt von 80 Prozent, und in zwei Monaten war das Lager „geräumt". Dieses „Bombengeschäft" hatte dem eifrigen Verwalter zwar keinen Nutzen gebracht, wohl aber der Geschäftsinhaberin, welche selbst in Not geraten ist, einen Schaden von mindestens 1000 Mk. verursacht. Wojack hat mit 10 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust zu büßen.

Zur marokkanischen Frage.

Obgleich die endgültige Formulierung der bei den Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich erzielten Ergebnisse noch nicht erfolgt ist, wird nach wie vor angenommen, daß die letzten formellen Hindernisse sehr bald beseitigt werden. Die Unterredungen, die der Leiter der spanischen Regierung Montero Rios mit den Botschaftern Frankreichs, Englands und Deutschlands gepflogen, werden laut einer Madrider Mitteilung des Pariser „Temps" lebhaft kommentiert. Die spanische Regierung selbst hat die Presse veranlaßt, im Hinblick auf die von ihr erhoffte günstige Lösung der diplomatischen Besprechungen Zurückhaltung zu beobachten. Die öffentliche Meinung Spaniens beschäftigt sich insbesondere mit der Frage, welche Rolle Spanien auf der marokkanischen Konferenz spielen würde. Zugleich wird dem Wunsche Ausdruck verliehen, daß Spanien jedenfalls vertreten sei, falls England und Frankreich den vom Sultan von Marokko gemachten Vorschlag annehmen. Spanien soll seine ganze Aktionsfreiheit bewahren, die mit den abgeschlossenen internationalen Verträgen im Einklange steht. Anerkannt wird, daß trotz des jüngsten Regierungswechsels in Spanien diese internationalen Verträge, unter denen für Spanien namentlich der mit Frankreich abgeschlossene in Betracht kommt, auch als für das gegenwärtige liberale Kabinett bindend angesehen werden müssen.

Der Pariser „Figaro" veröffentlicht ein an den Grafen Albert de Pourvourville gerichtetes Schreiben des deutschen Reichstagsabgeordneten Prinzen zu Arenberg, welches im gegenwärtigen Augenblick ein mehr als gewöhnliches Interesse in Anspruch nimmt. Die Redaktion des „Figaro" setzt das Schreiben in Evidenz unter Hinweis auf die Beziehungen des Prinzen, sowie auf seine Bestrebungen in der deutschen Kolonialpolitik. Der bereits kurz erwähnte Brief, welcher auf einen früheren Austausch des Verfassers mit dem Grafen de Pourvourville Bezug nimmt, hat folgenden Wortlaut: „Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die von seiten unserer Regierungen erfolgten diplomatischen Schritte eine Beruhigung der Gemüter herbeigeführt haben, und ich freue mich aufs neue, die Uebereinstimmung unserer Anschauungen mit denjenigen feststellen zu können, welche ich Ihnen im vorigen Jahre darlegen konnte. Wie Sie halte ich die Marokkofrage für eine Frage zweiten Ranges; meines Erachtens wäre es, wenn nicht sehr leicht, so doch sehr wohl möglich gewesen, sich darüber von vornherein zu verständigen. Gewiß war die Sprache des Herrn Schiemann (in der „Kreuz-Ztg." Die Red.) eine sehr schroffe, um mich Ihres Ausdruckes zu bedienen, aber Sie wollen sich erinnern, daß sein Artikel die Politik des Herrn Delcassé kritisierte, der auf das Bündnis und, im Bedürfnisfalle auf die englische Flotte zählend, sich entschlossen zeigte, unsere Interessen wie unsere berechtigten Beschwerden mit Stillschweigen zu übergehen. Inde irae. Ich kann Sie auf das bestimmteste versichern, daß der Gedanke eines Krieges mit Frankreich Sr. Majestät dem Kaiser ebenso unsympathisch ist, wie dem deutschen Volke. Dafür werde ich Ihnen zwei Beweise geben: Zunächst das Konferenzprojekt. Es liegt auf der Hand, daß, wenn Deutschland den Krieg gewollt hätte, sei es wegen der Marokkofrage, sei es wegen eines wichtigeren und allgemeineren Zweckes, es nicht so sehr auf dieser Konferenz bestanden haben würde, welche uns ermöglichen wird, nicht nur unsere eigenen Interessen sicherzustellen, sondern auch in den Grenzen des Möglichen und im Hinblick auf gute Beziehungen die Wünsche der französischen Regierung zu befriedigen und selbst nötigenfalls zu stützen. Der zweite Beweis ist der folgende: Wir hatten allen Grund, anzunehmen, daß Herr Delcassé von einer weit ausgreifenden Politik geleitet und in einem System der Nichtbeachtung uns gegenüber verharrend, vor der Eventualität einer kriegerischen Verwicklung nicht zurückgeschreckt sein würde. Ich nehme sogar keinen Anstand, hinzuzufügen, daß es unter seinem Regime für einen etwas abenteuerlich angelegten deutschen Staatsmann nicht schwer gewesen wäre, eine Lage herbeizuführen, in welcher die Flinten von selbst losgegangen wären. Wenn daher der Rücktritt des Herrn Delcassé sowohl von der Regierung wie von dem deutschen Volke mit großer Genugtuung aufgenommen worden ist, so ist das ein Beweis, daß wir keinen Krieg mit Frankreich wollen, sondern daß wir eine friedliche Regelung und gute nachbarliche Beziehungen wünschen. Wir sind weit davon entfernt, Ihr gutes Einvernehmen mit England zu beargwöhnen; aber wir haben kein Verständnis dafür, daß uns dasselbe notwendig mit Ihnen entzweien müsse. Auch betrachten wir ohne eine Spur von Neid, ja sogar mit einer ebenso lebhaften wie berechtigten Bewunderung die Ergebnisse Ihrer afrikanischen Kolonialpolitik, von der wir meines Erachtens in manchen Punkten lernen sollten; aber man wird in Frankreich begreifen, daß ein auf die Blüte seiner Industrie bedachtes großes Land darauf hält, derselben alle Absatzmärkte zu erhalten. Sie wissen, wie „sozial" man bei uns ist, und Sie werden sich nicht wundern, daß mehr noch als anderswo in Deutschland die wirtschaftlichen Interessen die politischen Fragen beherrschen und sie in gewissen Fällen aufsaugen. Sie sehen also, daß man sich schließlich verständigen, d. h. dahin gelangen wird, womit man hätte beginnen sollen, und wenn die Erledigung der Marokkofrage ein Einvernehmen über Fragen von allgemeinerem Interesse herbeiführen würde, so würden wir nicht zu bedauern haben, daß diese Frage in einem Augenblick aufgetaucht ist, wo der gute Wille, sich einander zu nähern, bei unseren beiden Nationen sich kundgibt. Wollen Sie, mein lieber Graf, hierin den erneuten Ausdruck meiner Gefühle aufrichtiger Wertschätzung und Ergebenheit finden. Prinz Franz zu Arenberg." Graf Pourvourville fügt der Veröffentlichung des Briefes ein denselben unterstreichendes Nachwort hinzu, welches besonders betont, man könne nicht genug das gegenwärtige Prinzip der deutschen Auslandspolitik ins Licht setzen, welches man in Frankreich verkenne, weil man, und zwar mit Unrecht, den Deutschen Kaiser „mehr als einen Lohengrin denn als einen modernen Souverän" betrachte: daß nämlich in der auswärtigen Politik Deutschlands das wirtschaftliche Interesse das politische Interesse beherrsche und sogar auffange.

Das „Pariser Journal" veröffentlicht einen Artikel des ehemaligen Kammerpräsidenten Deschanel, worin Frankreichs leitende Politiker dringend aufgefordert werden, sich mit England nicht allzuweit einzulassen, keinerlei Aggressivpolitik gegen Deutschland zu treiben oder zu unterstützen, sondern das gute Einvernehmen mit allen europäischen Staaten fortzusetzen und an den großen europäischen Problemen Seite an Seite mit dem neu wieder aufzurichtenden Rußland mitzuarbeiten.

Der Führer der deutschen Militärmission nach Fez, Generalmajor v. Schenck, hat sich gegenüber einem Pariser Berichterstatter über den Verlauf der deutschen Marokkomission geäußert und dabei das maurische Soldatenmaterial als gut und kriegstüchtig bezeichnet; den Sultan schilderte der General als höchst intelligent, wenn auch von geringerer Entschlußfähigkeit.

Zur Matrosenmeuterei

auf dem „Potemkin" wird der Wortlaut des Rapports veröffentlicht, den die Mannschaft des „Potemkin" den rumänischen Behörden über die Entstehung der Meuterei auf diesem Schiffe überreichte. „Am 11. Oktober 1904 wurde das Panzerschiff „Knjaz Potemkin Tavriceski" dem Dienste übergeben. Während der ganzen Zeit wurde die Mannschaft vom Kommando namentlich in bezug auf Nahrungsmittel schlecht behandelt. Unzählige Male forderte die Mannschaft eine Verbesserung der Nahrung, die Vorstellungen wurden jedoch nicht beachtet. Trotzdem ertrug die Mannschaft die Behandlung. Am 12. Juni befand sich das Panzerschiff im Golfe Tendrowsky zur Vornahme von Schießübungen. Am 13. Juni wurde aus Odessa Fleisch gebracht, das sich wegen des üblen Geruchs und zahlreicher Würmer zum Kochen nicht eignete. Trotzdem wurde das Essen für die Bemannung aus diesem Fleisch zubereitet. Am 14. Juni weigerte sich die Mannschaft, das Fleisch zu essen; jeder Matrose begnügte sich in friedlicher Weise mit einem Stück Brot und einem Glas Wasser. Als der Kommandant dies erfuhr, ordnete er einen Zusammentritt der Matrosen auf dem rückwärtigen Verdeck an. Der Kommandant befragte die Mannschaft, warum sie kein Fleisch esse, worauf diese auf den Zustand des Fleisches hinwies. Der Kommandant frug hierauf, welche Matrosen das Fleisch essen wollen und hob die Konsequenzen der Nichtbeachtung der militärischen Disziplin hervor. Ein Teil der Mannschaft erklärte sich aus Furcht bereit, das Fleisch zu essen. Der Rest der Mannschaft wurde in Gruppen eingeteilt und gleichzeitig die Garde unter Waffen gerufen. Die Mannschaft wurde hierauf nochmals befragt, ob sie das Fleisch essen wolle, und sie antwortete verneinend, laut eine bessere Nahrung verlangend. Hierauf erteilte der erste Offizier der Garde den Befehl, zu schießen, diese weigerte sich jedoch. Der Offizier riß dem nächststehenden Matrosen die Waffe aus der Hand und schoß auf Grigori Wakulinciuk, den er tötete. Die Mannschaft sah sich angesichts solcher Grausamkeit und erbarmungslosen Behandlung der Untergebenen genötigt, Maßnahmen für die Verteidigung zu ergreifen. Die Matrosen sprangen zu den Waffenpyramiden, luden die Waffen und schossen unausgesetzt zehn Minuten auf die Offiziere. Der Kommandant floh in die Kajüte, von wo er zum Torpedoboot Nr. 267 schwamm, das in der Nähe stand. Der erste Offizier wurde auf dem rückwärtigen Verdeck erschossen, sein Leichnam ins Wasser geworfen. Hierauf wurde von dem Torpedoboot der Kommandant geholt und hoch auf dem Verdeck in gleicher Weise getötet. Minenoffizier Tan wurde bei dem Pulverdepot in dem Augenblick entdeckt, als er das Schiff in die Luft sprengen wollte. Zwanzig Arbeiter von französischen Etablissements und zwei Fischer, die uns zugesehen haben und Zeugenschaft ablegen können, sind alle am Leben."

Wie sehr den Revolutionären bereits der Kamm geschwollen ist, sodaß sie sich förmlich als „kriegführende Partei" betrachten, zeigt folgende Meldung aus Feodosia: Die Besatzung des Panzerschiffes „Potemkin" gab folgende Erklärung an die fremden Mächte bekannt: „Der Entscheidungskampf gegen die russische Regierung hat begonnen. Wir teilen dies allen fremden Mächten mit und halten es für unsere Pflicht, zu erklären, daß wir vollständige Garantie für die Unverletzlichkeit der fremden Schiffe geben, die sich im Schwarzen Meere aufhalten, sowie der nichtrussischen Häfen des Schwarzen Meeres." (Wiederholt.)

Wie der „Westnik" erfährt, entbehrt die Meldung, daß die Vertreter der auswärtigen Mächte gemeinsam die russische Regierung ersucht hätten, ihren Reichsangehörigen die während der Unruhen in Odessa erlittenen Verluste zu ersetzen, jeder Begründung. (Wiederholt.)

Tagesgeschichte.

Zum Auftreten Jaurès' in Berlin

bemerkt die „Post": „Die Meldung der „Antisozialdemokratischen Korrespondenz", wonach Herrn Jaurès das öffentliche Auftreten in Berlin verboten werden soll, dürfte mindestens verfrüht sein. So gewichtige Gründe innerer Politik für ein solches Verbot sprechen, so kommen dabei doch auch schwerwiegende Rücksichten auswärtiger Politik in Betracht, welche eine sorgsame Abwägung der Gründe für und wider erheischen. Was übrigens die Gründe innerer Politik anbelangt, welche für ein Verbot sprechen, so mag darauf hingewiesen werden, daß, wie die heutigen wutschnaubenden Aeußerungen des „Vorwärts" über jene Meldung der „Antisozialdemokratischen Korresp." zeigen, ein solches Verbot zweifellos unserer Sozialdemokratie einen dicken Strich durch die Rechnung machen würde. Jene Aeußerungen lassen deutlich erkennen, was von seiten unserer Sozialdemokraten mit der Aktion Bebel-Jaurès bezweckt wird. Wie in jener Notiz bereits jetzt Jaurès als derjenige bezeichnet wird, dem das Auswärtige Amt seinen diploma-